

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. Januar 1999**

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete	Nummer der Frage
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	30	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	20, 37
Grund, Manfred (CDU/CSU)	23	Niebel, Dirk (F.D.P.)	17
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	8, 9	Nolte, Claudia (CDU/CSU)	21, 22
Hirche, Walter (F.D.P.)	33, 34	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	27
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	4	Ostrowski, Christine (PDS)	28, 29
Hollerith, Josef (CDU/CSU)	35, 36	Rossmannith, Kurt J. (CDU/CSU)	32
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	14, 15	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	10, 11
Dr. Kues, Hermann (CDU/CSU)	5, 6	Seiffert, Heinz (CDU/CSU)	18, 19
Dr. Laufs, Paul (CDU/CSU)	3, 31	Siemann, Werner (CDU/CSU)	24, 25
Marschewski, Erwin (CDU/CSU)	12, 13	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU) . . .	7, 16
Mehl, Ulrike (SPD)	1, 2		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Warum wurden die neuen internationalen Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen von 1996 und zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfsleistungen und Bergung in Seenot von 1989 bisher nicht in Deutschland in Kraft gesetzt, und in welchem Maße wurden dadurch Schadensersatzforderungen an den Reeder des havarierten Holzfrachters „Pallas“ bzw. an die Versicherungen eingeschränkt?
2. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung die notwendigen Gesetze zur Ratifizierung der neuen internationalen Haftungs- und Bergungsübereinkommen dem Deutschen Bundestag vorlegen, und wann können diese Übereinkommen in Kraft treten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

3. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung das in der Koalitionsvereinbarung in Aussicht genommene 100 000-Dächer-Photovoltaik-Programm zu verwirklichen?
4. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der weiteren Diskussion um die Agenda 2000 (EU-Strukturreform) die Auffassung von Dr. Monika Wulf-Mathies, Mitglied der Europäischen Kommission, zu unterstützen, in Zukunft die Arbeitslosigkeit als wichtigstes Kriterium bei der Verteilung der Fördermittel in den Ziel-2-Gebieten zugrunde zu legen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

5. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Kues**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, mit dem Vorsitzenden der Katholischen Bischofskonferenz und dem Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vor der Zulassung der Abtreibungspille RU 486 zu sprechen?
6. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Kues**
(CDU/CSU)
- Ist Bundeskanzler Gerhard Schröder bereit, gemeinsam mit Wissenschaftlern und den Spitzenvertretern der Kirchen ein solches Gespräch zu führen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

7. Abgeordneter
**Gerald
Weiß
(Groß-Gerau)**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß es infolge der im Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz) vorgesehenen Regelungen (Artikel 13 und 14) in einigen Bundesländern zu Kürzungen des Honorarvolumens beim ambulanten Operieren kommt, wie zum Beispiel in Hessen, wo der vorgesehene Betrag um 30% gekürzt werden soll und deswegen im Bereich des ambulanten Operierens Arbeitsplatzverluste zu erwarten sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

8. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, das durch die Bayerische Staatsregierung geplante und in Straubing zu errichtende Kompetenzzentrum für Biotechnologie ideell und insbesondere finanziell zu unterstützen?

- | | |
|--|--|
| 9. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU) | Wie viele Mittel will die Bundesregierung im kommenden Bundeshaushalt für Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zur Verfügung stellen, wie z. B. das Kompetenzzentrum in Straubing, und mit welchem Finanzanteil an diesem ca. 50-Mio.-DM-Projekt könnte gerechnet werden? |
| 10. Abgeordneter
Heinz
Schmitt
(Berg)
(SPD) | Wie viele Ausbildungsplätze wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten drei Jahren bundesweit von Trägern der Bildungseinrichtungen in der Krankenpflege bereitgestellt sowie von den Kostenträgern bzw. der Aufsichtsbehörde genehmigt, und wie viele dieser Ausbildungsplätze waren in den letzten drei Jahren besetzt (in absoluten Zahlen/Prozent)? |
| 11. Abgeordneter
Heinz
Schmitt
(Berg)
(SPD) | Welche Zahlen hinsichtlich dieses Sachverhaltes ergeben sich aufgeschlüsselt nach den Ländern? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 12. Abgeordneter
Erwin
Marschewski
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu der von der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Marieluise Beck, im Gewerkschaftsmagazin „Einblick“ aufgestellten Behauptung, daß Deutschland nach den Prognosen der Demographen im nächsten Jahrtausend vermehrt Zuwanderung benötigt? |
| 13. Abgeordneter
Erwin
Marschewski
(CDU/CSU) | Wie verträgt sich diese von der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung aufgestellte These mit der Behauptung des für das Ausländerrecht zuständigen Bundesministers des Innern, Otto Schily, die Grenze der Belastbarkeit sei überschritten? |

14. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Welche historischen und rechtlichen Fakten haben den Bundesminister des Innern veranlaßt, die Staatsangehörigkeitssituation der Deutschen in der Republik Polen mit der von Ausländern zu vergleichen, denen die Bundesregierung eine doppelte Staatsangehörigkeit einräumen will?
15. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um deutschen Spätaussiedlern das Verfahren zur Entlassung aus der Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes zu erleichtern und die Kosten hierfür zu senken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
**Gerald
Weiß
(Groß-Gerau)**
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen, daß die im Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 (Drucksache 14/23) vorgesehene Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit von Schulgeldern viele der in Deutschland ansässigen und als Standortfaktor wichtigen internationalen Schulen in ihrem Weiterbestand gefährdet?
17. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(F.D.P.)
- Welche positiven Auswirkungen – bezogen auf Haushaltsmehreinnahmen – erwachsen aus der geplanten Abschaffung des sog. „Dienstmädchenprivilegs“ im Hinblick auf die Tatsache, daß von 1990 bis 1992 „lediglich 7327 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse“ geschaffen wurden, was offensichtlich nach Aussage der Bundesregierung die neuesten zur Verfügung stehenden Zahlen sind?
18. Abgeordneter
**Heinz
Seiffert**
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren die Teilwertabschreibungen insgesamt, die von den Wirtschaftsbereichen im Jahre 1997 in den Steuererklärungen geltend gemacht wurden?

19. Abgeordneter
Heinz Seiffert
(CDU/CSU) Wie verteilen sich diese Teilwertabschreibungen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche?
20. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) Sind bis zum Jahr 2002 weitere Steuererhöhungen bei der Mehrwertsteuer sowie der Mineralölsteuer vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

21. Abgeordnete
Claudia Nolte
(CDU/CSU) Welche Konsequenz zieht die Bundesregierung aus den Urteilen des Bundessozialgerichtes vom 10. November 1998 in den Revisionen mit den Aktenzeichen B4 R A 25/98 R und B4 R A 33/98 R zur Altersversorgung der Reichsbahner?
22. Abgeordnete
Claudia Nolte
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung darüber hinaus, die erworbenen Anwartschaften und Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung der ehemaligen Reichsbahner zu gewährleisten?
23. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU) Stehen für die Gewährleistung der Altersversorgungsansprüche der ehemaligen Reichsbahner (jetzt Beschäftigte der Deutschen Bahn AG und Rentner) Finanzmittel im Haushalt des Bundes bereit, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

24. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die feierlichen Gelöbnisse auch weiterhin im bisherigen Umfang in der Öffentlichkeit durchzuführen?

- | | |
|--|---|
| 25. Abgeordneter
Werner
Siemann
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung die Form der feierlichen Gelöbnisse als Teil der Selbstdarstellung und Traditionspflege der Bundeswehr auch künftig beibehalten? |
| 26. Abgeordneter
Günther Friedrich
Nolting
(F.D.P.) | Bedeutet die Aussage des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, in der Berliner Zeitung vom 14. Dezember 1998, wonach er ausschließe, daß Deutschland „fern von Europa als intervenierende Macht“ auftrete, daß es in Zukunft keine Rettungsaktionen für deutsche Staatsbürger in Krisenregionen und auch keine Beteiligung an VN-Einsätzen, wie beispielsweise in Somalia, mehr geben wird? |
| 27. Abgeordneter
Günther Friedrich
Nolting
(F.D.P.) | Wie steht damit im Einklang, daß der Bundesminister der Verteidigung ebenfalls sagte, daß „Staaten wie Irak notfalls mit dem nötigen Nachdruck“ gezwungen werden müßten, „in Übereinstimmung mit dem Willen der Vereinten Nationen zu handeln“? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|--|---|
| 28. Abgeordnete
Christine
Ostrowski
(PDS) | Zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, wie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt, die Fehler des Altschuldenhilfegesetzes lösen zu helfen? |
| 29. Abgeordnete
Christine
Ostrowski
(PDS) | Welche Zielrichtung verfolgt sie hierbei? |

- 30. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU)**
- Welche Konsequenzen für das begonnene Transrapid-Planfeststellungsverfahren und die zeitliche Realisierung des Projektes hat nach Einschätzung der Bundesregierung die von der Landesregierung Schleswig-Holstein vorgenommene vorläufige Ausweisung eines Naturschutzgebietes nahe Reinbek im Verlauf der durch das Raumordnungsverfahren vorgesehenen Trasse des Transrapid?
- 31. Abgeordneter
Dr. Paul
Laufs
(CDU/CSU)**
- Trifft es zu, daß der vierspurige Neubau der Bundesstraße B 14 zur Umfahrung der Großen Kreisstädte Winnenden und Backnang seit 1985 im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans enthalten ist und die Planfeststellungsverfahren für die Abschnitte Winnenden-West bis Leutenbach-Nellmersbach und Nellmersbach bis Backnang derzeit laufen und voraussichtlich in absehbarer Frist abgeschlossen werden können, und beabsichtigt die Bundesregierung, diese Planfeststellungsverfahren zu stoppen und wesentliche Änderungen vorzugeben?
- 32. Abgeordneter
Kurt J.
Rossmannith
(CDU/CSU)**
- Hält die Bundesregierung an den Beschlüssen fest, den Weiterbau der Bundesautobahn A 7 zwischen Nesselwang und dem im Bau befindlichen Grenztunnel umgehend nach Vorliegen aller rechtlichen Voraussetzungen zu realisieren, oder ist mit Änderungen zu rechnen?
- 33. Abgeordneter
Walter
Hirche
(F.D.P.)**
- Wann werden die Bauarbeiten an der A 26 zwischen Hamburg und Stade wieder aufgenommen, und um welche Arbeiten handelt es sich dabei?
- 34. Abgeordneter
Walter
Hirche
(F.D.P.)**
- Wie ist in diesem Zusammenhang die Behauptung der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Gila Altmann, zu bewerten, die A 26 unterliege als Gesamtprojekt einer neuerlichen Prüfung?
- 35. Abgeordneter
Josef
Hollerith
(CDU/CSU)**
- Will die Bundesregierung die Linienfeststellung nach § 17 des Bundesfernstraßengesetzes für die A 94 auf der Trasse Dorfen verändern?

-
36. Abgeordneter
**Josef
Hollerith**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, für den rechtskräftigen baureifen Abschnitt Winhöring — Erharting der A 94 in diesem Jahr Baumittel bereitzustellen?
37. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der Realisierung der Projekte der Deutschen Einheit bei Straße und Bahn zwischen Unterfranken und Thüringen sowie mit dem sechsspurigem Ausbau der A 3 zu rechnen, da diese Infrastrukturverbesserungsmaßnahmen für den Wirtschaftsstandort Unter-, Mittel- und Oberfranken zur Sicherung der Arbeitsplätze dringlich benötigt werden?

Bonn, den 15. Januar 1999